

«Wir haben es kaum noch im Griff»

Philipp Müller verteidigt das neue Konzept zur Dämpfung der Zuwanderung und kritisiert, im Asylwesen herrsche eine Willkommenskultur

NZZ am Sonntag: Die FDP hat für ihre Lösung bei der Zuwanderungsinitiative viel Kritik geerntet. Wie reagieren Sie darauf?

Philipp Müller: Ich verstehe nicht, wieso schon jetzt alle aufschreien. Der Entscheid des Nationalrates ist der erste Schritt in einem parlamentarischen Prozess, der erst begonnen hat. Wir haben immer gesagt, dass wir im Ständerat den Inländervorrang bezüglich Wirksamkeit und bürokratischer Last nochmals anschauen und verbessern wollen.

Es ist ja eine Stellenmeldepflicht, nicht ein Inländervorrang.

Wir geben den inländischen Stellensuchenden bei einer offenen Stelle die erste Chance. Auch die Verfassung definiert nicht genauer, was unter einem Inländervorrang zu verstehen ist.

Bisher war das klar: Eine Firma muss belegen, dass sie keinen Inländer gefunden hat, bevor sie im Ausland rekrutieren darf.

In diese Richtung arbeiten wir: Ein Arbeitgeber soll es begründen müssen, wenn er keinen inländischen Stellensuchenden anstellt, den ihm das RAV meldet. Das ist die Massnahme, die punkto Bürokratie das kleinste Übel darstellt und am meisten Wirkung im Ziel hat.

Wie stark lässt sich denn dadurch die Zuwanderung senken?

Ich kann keine Zahl nennen. Ziel ist es, dass inländische Arbeitslose eine Stelle finden,

bevor neue Zuwanderer in die Schweiz geholt werden. Und das gelingt mit diesem Vorschlag.

Wieso haben Sie denn das nicht schon im Nationalrat gemacht? Stattdessen liess sich dort Kurt Fluri mit einem Vorschlag feiern, den Sie nun korrigieren wollen.

Die FDP, namentlich Kurt Fluri, hat im Nationalrat das gemacht, was nötig und richtig war, um eine Mehrheit zu erhalten. Wir mussten ja erst einmal die GesamtAbstimmung im Erstrat schaffen, ohne dass es gleich zum Absturz kam. Fluri hat den wichtigen Schritt eingeleitet, um den es jetzt geht, nämlich den Inländervorrang. Das ermöglicht es uns nun im Ständerat, auf diesem Weg weiterzugehen, so dass wir am Schluss eine Lösung haben, die genug Biss hat und die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet.

Man könnte es auch so sehen: Die FDP provozierte mit einer Light-Variante Kritik, damit Sie sich nun als Retter in Szene setzen können.

Das ist Unsinn. Da unterschätzen Sie erstens Kurt Fluri, der sehr wohl weiss, was er tut. Zweitens steht die FDP, inklusive Parteipräsidentin, hinter dem Vorschlag, den ich hier als Dossierverantwortlicher vertrete.

Auch dieser verzichtet auf Höchstzahlen und Kontingente - Sie missachten die Verfassung.

Warten Sie jetzt einmal ab, was am Schluss die Lösung sein

wird. Was nützen denn Kontingente einem Arbeitslosen in der Schweiz, wenn damit zuerst Tausende im Ausland rekrutierte Arbeitskräfte an die Reihe kommen, bevor er berücksichtigt wird? Und nicht zuletzt verlangt die Verfassung ja auch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen.

Das ist eine etwas lasche Interpretation der Initiative.

Sie müssen das ganze Bild sehen. Der Inländervorrang ist nur ein Element zur Senkung der Zuwanderung.

Wie meinen Sie das?

Wir haben auch das Ausländergesetz revidiert und ziehen dort die Schraube an bei der Einwanderung aus Drittstaaten, namentlich beim Familiennachzug, bei der Kettenmigration und der Einwanderung in die Sozialwerke. All das geht zurück auf Forderungen der FDP. Dass die SVP diese Verschärfungen ablehnt hat, ist ein schlechter Witz - das versteht nun wirklich niemand mehr. Weiter gibt es Einschränkungen bei der Anwendung des bestehenden Freizügigkeitsabkommens. So wird etwa verboten, Sozialhilfe an neu eingereiste Stellensuchende

«Die Verfassung definiert nicht, was unter einem Inländervorrang zu verstehen ist.»



«Strengeres Einwanderungsregime»: Ständerat Philipp Müller.

zu zahlen. Wenn wir das ganze Paket anschauen, kann man sagen: Da entsteht ein wirklich strengeres Einwanderungsregime.

Das Volk hat aber mehr verlangt.

Ich verstehe auch, wieso. Die Erwartungen sind kurz gesagt folgende: weniger Bevölkerungswachstum, keine Konkurrenz durch billigere Ausländer am Arbeitsplatz und weniger sogenannte Flüchtlinge, die den ganzen Tag am Bahnhof herumhängen. Was mich ärgert: Die FDP hat jahrelang vor all dem gewarnt und Lösungen vorgeschlagen, aber der Bundesrat hat schlicht nichts gemacht. Nun müssen wir über Einschränkungen bei der Personenfreizügigkeit diskutieren, obwohl wir vor allem bei der Einwanderung aus Drittstaaten Probleme haben. Denn die Zuwanderung via Personenfreizügigkeit sinkt ja wegen des wirtschaftlichen Umfelds seit einiger Zeit stark.

Was hat denn dieses Dossier mit der Asylproblematik zu tun?

Auch die Asylpolitik versteht niemand mehr. Wir müssen zugeben: Wir haben es kaum noch im Griff, es herrscht eine Willkommenskultur à la Suisse. Niemand versteht etwa, wieso aus Eritrea mehr Migranten in die Schweiz kommen und bleiben dürfen als aus dem Kriegsland Syrien. Und es ist gefährlich, dass selbst nach fünf Jahren im Land noch drei Viertel der anerkannten Flüchtlinge von Sozialhilfe abhängig sind. Justizministerin Sommaruga muss endlich bei der Anerkennung der Flüchtlinge und bei der vorläufigen Aufnahme die Schraube anziehen. Diese sogenannten vorläufig Aufgenommenen bleiben de facto für immer hier. Hört das nicht auf, entsteht im Volk ein so negatives Klima gegenüber der Migration, dass wir auch die Personenfreizügigkeit nicht mehr verteidigen können.

Interview: Daniel Friedli